

WALDORF- ZWEI- GANG

292 Stellenange
1191 Immobilien

SAMSTAG, 8. OKTOBER 2005

€ 1 30

„Wir wollen keine Eliteschulen sein“

Landespolitiker diskutieren in der Liederhalle über die Zuschüsse für private Schulen

39 Waldorfschulen aus Baden-Württemberg haben in der Liederhalle ihre Arbeit vorgestellt und höhere Zuschüsse des Landes für Privatschulen gefordert. Landespolitiker haben auf dem Podium über das von der Regierung geplante Bruttokostenmodell diskutiert.

Von Simone Gaul

In seiner Regierungserklärung vom 27. April hat Günther Oettinger den Privatschulen im Land eine höhere finanzielle Unterstützung zugesichert. Seine Regierung werde das bisherige Zuschussmodell durch ein so genanntes Bruttokostenmodell ersetzen. Das Bruttokostenmodell berechnet die anfallenden Kosten für einen staatlichen Schüler und ermittelt daran die Bezuschussung privater Schulen. Schritt für Schritt wolle die Regierung die Landesfördermittel in den kommenden Haushaltsjahren anheben, bis freie Schulen pro Schüler 80 Prozent der Kosten eines Staatsschülers erhalten. Die entsprechende Novelle werde noch in diesem Jahr im Landtag beschlossen, so der Ministerpräsident.

Mit einem Informationstag in der Liederhalle hat die Aktion Bildungsvielfalt, eine Initiative baden-württembergischer Waldorfschulen, die Regierung nun aufgefordert, die

ses Versprechen einzuhalten. Heute deckten die Zuschüsse des Landes rund 60 Prozent der Kosten, sagte der Sprecher der Stuttgarter Waldorfschule Uhlandshöhe, Sebastian Berg. Die Restbeträge finanzierten die Eltern durch Schulgebühren. „Jeder zahlt nach seinem Einkommen, im Schnitt liegt unser Schulgeld bei 140 Euro pro Monat“, sagte Berg. Doch das Geld an den Waldorfschulen sei knapp. „Entweder die Lehrergehälter steigen, wir nehmen mehr Schüler auf und die Klassen werden voller, als sie ohnehin bereits sind, oder die Eltern müssen mehr Schulgeld zahlen.“ Doch die Waldorfschulen wollten auch weiterhin Eltern mit geringem Einkommen offen stehen, sagte Berg. „Wir wollen keine Eliteschulen sein.“

Der neue Kultusminister Helmut Rau sowie die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FDP und Grünen haben am Infotag auf dem Podium vor rund 4500 Besuchern über Bildungsvielfalt im Land und die Förderung privater Schulen diskutiert. Der Beethovensaal war übervoll, Schüler saßen auf dem Boden, Eltern lehnten in den Türen, per Direktübertragung konnten Menschen im Foyer die Diskussion mitverfolgen.

Alle Politiker waren sich darüber einig, dass Bildungsvielfalt im Land erwünscht sei und man Schulen in freier Trägerschaft unterstützen muss. „Privatschulen sind eine Berei-

cherung für die Bildungsvielfalt im Land“, so der Kultusminister. Er bestätigte Oettingers Ankündigung, die Regierung werde in dieser Legislaturperiode, also bis Ende des Jahres, einen Gesetzentwurf zum Bruttokostenmodell auf den Weg bringen. FDP und CDU streben einen Stufenplan an, der schrittweise zu den 80 Prozent hinführt.

Wolfgang Drexler, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, kritisierte, dass die Regierung im Vorjahr einen entsprechenden Gesetzesentwurf der SPD abgelehnt habe. Der Haushalt für 2005/2006 sei beschlossen, der Stufenplan könne frühestens 2007 beginnen. „Die Waldorfschulen werden weiter in der Warteschlange hängen“, sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Winfried Kretschmann. „Wir müssen Prioritäten setzen. Wollen wir in Bildung investieren oder Bahnhöfe vergraben?“ Ulrich Noll, der Vorsitzende der FDP-Fraktion, nannte den Übergang zum Bruttokostenmodell einen entscheidenden Schritt. Den Privatschulen riet er, nicht alles auf einmal zu fordern. „Sonst kommt keine Mehrheit im Landtag für das Gesetz zu Stande.“

Sebastian Berg war nach der Diskussion ein wenig enttäuscht: Er hätte gerne erfahren, wie der Stufenplan aussehen soll. Die Waldorfschulen würden die letzten Monate dieser Legislaturperiode jedenfalls gespannt beobachten, meinte er.

hat.
bun
erkl
erwe
che
übe
Sonn
„Da
sem
seh
koll
20.



Inke
Kre
Schl
der
Krei
Schl